

HNA, 11.8.2006

Hintertür im ÖPP-Vertrag

Für die Sanierung von 18 seiner Schulzentren will der Landkreis Kassel die Gebäude für die ungewöhnlich lange Zeit von 40 Jahren an die eigens dafür gegründete Projektgesellschaft übertragen und von ihr zurückmieten. Gesellschafter der Projektgesellschaft sind ein Tochterunternehmen der Landesbank Hessen-Thüringen und der Kreis selbst.

Durch diese Regelung der Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) hofft der Kreis, die Sanierung zu günstigeren Konditionen ausführen zu können, als es ihm als öffentlicher Auftragsgeber möglich wäre.

"Es gab keine Alternative. Der Kreis wäre nie in der Lage, die für alle 18 Schulen geschätzten 180 Millionen Euro in überschaubarer Zeit aufbringen zu können", begründete Landrat Schlitzberger das ÖPP-Modell.

Das ist nicht ohne Risiken. Für die ersten fünf Schulen, die nach dem Modell saniert werden, müssen 49,6 Millionen Euro ausgegeben werden. Sind bis 2008 alle Arbeiten erledigt, zahlt der Kreis für die nächsten 25 Jahre jährlich 3,7 Millionen Euro Miete an die Projektgesellschaft. Insgesamt soll das Projekt für alle 18 Schulen 40 Jahre laufen - ein Zeitraum, den kein anderes ÖPP-Projekt in der Bundesrepublik erreicht.

"Wir haben uns aber eine Hintertür offen gehalten", erklärte Landrat Schlitzberger. Sollte sich nach einem bestimmten Zeitraum herausstellen, dass das Modell nicht funktioniert, könne der Kreis die Mehrheit in der Projektgesellschaft übernehmen und damit wieder Eigentümer der Schulen werden.

Schlitzberger räumte ein, dass das ÖPP-Modell "vom normalen Menschen" kaum zu begreifen sei. Er vertraut aber der Sachkompetenz seiner Mitarbeiter: "Wir haben hochkarätige Juristen in der Verwaltung, die damit umgehen können." (tom)

Leserbrief, HNA 12.8.2006

Kann sein, dass Landrat Schlitzberger nicht rechnen kann – oder nicht will. Der „normale Mensch“ ist durchaus in der Lage, eine jährliche Miete von 3,7 Mio Euro auf 40 Jahre hochzurechnen und festzustellen, dass 148 Mio weit mehr sind als der Sanierungsbedarf von 49,6 Mio. Schon diese jährliche Miete für fünf Schulen ist eine erhebliche Belastung für den Haushalt des Landkreises, wie viel mehr dann erst die Miete für 18 Schulen!

Der „normale Mensch“ nimmt Landrat Schlitzberger auch nicht ab, dass die „Hintertür“, nämlich der Rückkauf nach 25 Jahren, mehr sein soll als ein unpassender Witz; woher soll das Geld denn kommen?

Der Normalverbraucher kennt diese Masche „Jetzt kaufen, später zahlen!“ gut genug als Weg in die Schuldenfalle, nun getarnt als ‚Partnerschaft‘ von öffentlichen und privaten Unternehmen.

Erfahrungen mit ähnlichen ÖPP-Projekten (wie z.B. beim Bildungszentrum Frankfurt Ostend) zeigen zudem, wie notwendige Nachbesserungen die Kosten für die Kommunen in die Höhe treiben.

Wenn es denn eine Kommunalaufsicht gäbe, die diesen Namen verdient, müsste sie solche Geschäfte verbieten. So hat jedenfalls der Bundesgerichtshof 2002 im Fall Oderwitz gegen den Landkreis Görlitz geurteilt.

Landrat Schlitzberger möchte sich ein Denkmal setzen als Schulsanierer. Dafür beschlagnahmt er auf 40 Jahre den Haushalt des Landkreises – schon jetzt ein Skandal!

Veronika Baier, Kassel

* * * * *

Leserbrief, HNA 12.8.2006

Ist Landrat Schlitzberger ein normaler Mensch?

Der HNA vom 12.08.2006 entnehme ich, dass Landrat Schlitzberger der Ansicht ist, dass ein normaler Mensch die Verträge zur Privatisierung der Schulen des Landkreises kaum verstehen kann. Trotzdem sollen sie abgeschlossen werden, die Kreistagsabgeordneten stimmen also demnächst für einen 40 Jahre gültigen Vertrag, den sie nicht verstehen. Den sie auch nie zu Gesicht bekommen werden, weil Verträge dieser Art geheim sind und auch von den EntscheidungsträgerInnen nicht eingesehen werden dürfen.

Die Abgeordneten und die BürgerInnen sollten fragen:

- Warum soll die Unterhaltung der Schulgebäude über PPP billiger sein? Zusätzlich zu einer öffentlichen Trägerschaft müssen erhebliche Gewinne und immense Vertragskosten erwirtschaftet werden.
- Wenn es billiger würde, auf wessen Kosten geht die Ersparnis? Sinkende Löhne, erhöhte Ausbeutung, schlechtere Arbeitsbedingungen sind auf jeden Fall zu erwarten, auch wenn's nicht günstiger wird.
- Sehen die Verträge des Landkreises, wie bei solchen Unternehmungen üblich, Renditegarantien vor?
- Wie sehen die Inflationsklauseln in den Verträgen aus?
- Wie werden die Nutzungsmöglichkeiten für die Gebäude des Landkreises eingeschränkt? Bislang könnte der Landkreis bei wegfallendem Bedarf (abnehmende Schülerzahlen) die Schulgebäude verkaufen oder anderweitig nutzen. Diese Möglichkeiten wird der Landkreis nach Vertragsabschluss wahrscheinlich nicht mehr haben, er muss seinen 40-jährigen Mietvertrag erfüllen.

Das sind nur wenige Fragen, es ließen sich noch viele stellen. Als normaler Mensch würde ich keinen Vertrag unterschreiben, den ich nie zu sehen bekomme.

Uli Barth, Kaufungen